



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/210 - 12. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise

auf der Inhalt:

Die CDU und die Preisentwicklung	S. 1
Ergebnisse des diesjährigen TUC-Kongresses	S. 3
Adenauer beim DGB	S. 5
Sozialisten und Suez-Konflikt	S. 6

Preise werden durchleuchtet

FB. Der Bundeskanzler hat vor seiner Fraktion angekündigt, er werde seinen Ministern Erhard und Lübke "freundschaftlich, aber sehr nachhaltig" sagen, dass er Streitereien zwischen den Bundesministern nicht wünscht, und er die Richtlinien der Politik bestimmt. Formell ist es durchaus in der Ordnung, wenn sich der Bundeskanzler mit Nachdruck auf seine verfassungsmässigen Rechte beruft, in der Sache dürfte der Kanzler wenig ausrichten können, denn um die Richtlinien der Wirtschafts- und Agrarpolitik, um die der Streit geht, bestimmen zu können, muss man zu mindestens etwas davon verstehen. Bei diesen Kenntnissen aber dürfte es beim Bundeskanzler sehr hapern.

Viel wichtiger als dieser anässante Streit ist ein Beschluss des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, der auf sozialdemokratischen Antrag noch in dieser Woche mit Vorrang die Preissituation in der Bundesrepublik beraten wird. Es ist dabei symptomatisch, dass der Wirtschaftsausschuss als Beratungsgrundlagen nur sozialdemokratische Vorlagen haben wird, denn Bundesregierung und Mehrheitsfraktionen haben es bisher nicht zustandegebracht, ihrerseits Vorschläge einzubringen, die in der Lage wären, den Preisauftrieb zu stoppen. Das einzige, was wir in diesen Tagen von der grössten Fraktion, der CDU/CSU vernommen haben, war die Mitteilung eines Sprechers, dass nach CDU-Meinung von einem allgemeinen Preisauftrieb in der Bundesrepublik nicht die Rede sein könne und Fachleute der Fraktion eine Untersuchung über das Ausmass und die Bedeutung von Preissteigerungen anstellen werden. Wenn man glaubt, dieses Untersuchungsergebnis vorwegnehmen zu können und feststellt, dass ein - 2 -

allgemeiner Trend zur Preissteigerungen nicht bestehe, so kann man dazu nur sagen, dass die CDU offensichtlich mit Scheuklappen über die Wochenmärkte läuft. Jede Hausfrau wird in der Lage sein, der CDU das Gegenteil zu beweisen.

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss wird man nicht mit so dürftigen Argumenten davonkommen. Man wird sich ernst mit den sozialdemokratischen Vorschlägen befassen müssen, die in ihrem Kern vorsehen:

1. Der Bundesregierung die Ermächtigung zu geben, durch Rechtsverordnung Zollsätze zu senken oder aufzuheben,
 2. den von der Mehrheit im Wirtschaftsstraßengesetz gestrichenen Preistreiberparagrafen in abgeänderter Form wieder einzuführen
- und
3. Massnahmen zu treffen, die die innere Kaufkraft der D-Mark erhalten.

Zwangsläufig wird man dabei auch den Kernpunkt des Streites zwischen Erhard und Lübke berühren müssen, nämlich, der Landwirtschaft einen Ausgleich nicht über den Preis, sondern über Subventionen zu gewähren, wenn Notstände oder sonstige Verteuerungen die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe gefährden. In Grunde genommen ist der Streit zwischen den beiden Ministern unverständlich, denn Subventionen stehen nicht im geringsten in einem Gegensatz zu den Zielen des Grünen Planes. Zu den Gegensätzen dürfte lediglich die intransigente Haltung des Bauernverbandes geführt haben, der das Allzweckmittel der Agrarpolitik in Preissteigerungen sieht.

Im übrigen sind Subventionen nicht die Erfindung von Minister Erhard, denn schon am 16. September 1955 hat beispielsweise die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, durch Subventionen, die aus den sogenannten Abschöpfungsbeträgen gewährt werden sollen, die landwirtschaftlichen Produktionskosten so auszugleichen, dass jeder Anlass für eine Erhöhung der Verbraucherpreise entfällt. Es ist ein Widerspruch, die eingeführten Lebensmittel durch die Einfuhr- und Vorratsstellen um rund 400 Mio DM im Jahr zu verteuern und den Verbraucher zusätzlich noch durch die inländische Preissteigerung bluten zu lassen.

Wenn auch der Kabinettsstreit, wie üblich, "beigelegt" werden dürfte, und der wackere Streiter Erhard wie üblich "unfällt", um die sachliche Auseinandersetzung im Wirtschaftspolitischen Ausschuss wird man nicht herumkommen. Man wird sich dort klar entscheiden müssen, ob man die sozialdemokratischen Vorschläge, die den Preisauftrieb abstoppen können, annimmt oder den Verbraucher um einer Doktrin willen weiter die Zeche bezahlen lässt.

* * *

Brighton macht Front gegen Macmillan

E.A. London

Der Trade Union Congress in Brighton hat die Zusammenarbeit mit der britischen Regierung abgetroffen. Seit zehn Jahren, von der Ägide Cripps an, hatte sich der Kongress der britischen Gewerkschaften damit begnügt, eine defensive Haltung im Interesse seiner acht Millionen Mitglieder einzunehmen. Mässigung, Unterstützung der wirtschaftlichen Ziele der Regierung beeinflussten seine Politik. Zurückhaltung bei Lohnforderungen - unter dieser Formel hatte man zunächst die Politik der Labourregierung unterstützt. Man hatte damit auch im Gesamtinteresse nicht Schluss gemacht, als auf Cripps und Gaitskell die Schatzkanzler Butler und Macmillan folgten. Die Zurückhaltung hat nicht immer die Erfolge gehabt, die man sich in der Gewerkschaftsleitung und im Schatzamt davon versprochen hatten. Die einzelnen Gewerkschaften sahen sich weder durch den TUC-Congress noch durch den Generalrat gebunden. Generalrat und Kongress waren ja schliesslich nur dazu da, die Aufgaben der mächtigen Einzelgewerkschaften miteinander zu koordinieren, nicht aber dazu, die Entschlussfreiheit der Mitgliedorganisationen einzuschränken oder sogar ihnen zu diktieren.

Geladene Atmosphäre

Die traditionelle Politik des mässigenden Einflusses hat der TUC-Kongress in Brighton über Bord geworfen. Warum? Nun, der diesjährige Kongress fand in einer politisch und ökonomisch geladenen Atmosphäre statt. Der Streik in der British Motor Corporation war das erste Wetterzeichen gewesen. Die Krisenerscheinungen in der Möbel- und Rundfunkgeräteeinrichtungen verstärkten die Befürchtungen in der englischen Arbeiterschaft, dass die Periode der Vollbeschäftigung, die nun über zehn Jahre geherrscht hatte, ihrem Ende zugeht. Die fortschreitende Automatisierung beschleunigt diese Tendenz.

Solange auch die konservative Regierung den Anschein aufrechterhielt, die Interessen der weniger gut bezahlten Schichten bei steuerlichen und sozialpolitischen Massnahmen zu berücksichtigen, liess sich auch ein gewisser Grad von Zusammenarbeit verteidigen. Als aber das immer schärfere Anziehen der Kreditschraube, die Drosselung von Wohnbaukrediten und die rigorose Drosselung der Abzahlungsgeschäfte die Vollbeschäftigung in Frage stellten, war der Anschein nicht länger

aufrechtzuerhalten. Von den Gewerkschaften verlangte der Schatzkanzler Mäßigung, ja eine freiwillige Beschränkung auf die gegenwärtige Lohnhöhe, während zur selben Zeit die Dividenden ebenso wie die Preise unkontrolliert in die Höhe schnellten; eine Regierungspolitik, bei der die Fixierung der Löhne als alleiniges Heilmittel gegen die innere Inflation hingestellt wurde, diese Wunderpille des konservativen Schatzkanzlers Macmillan konnten die Gewerkschaften nicht schlucken, wenn sie ihrem Wesen treu bleiben wollten.

Von der Kampfansage gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zur Verurteilung der Aussenpolitik - vor allem der Suez- und Zypernpolitik - ist nur ein kleiner Schritt. Das war nur eine der Konsequenzen der verschlechterten Beziehungen zur Regierung. Hinzu kam, dass die alte Garde wie Arthur Deakin, Will Lawther, Lincoln Evans und andere von jüngeren Kräften ersetzt wurden, die, wie Frank Cousins, Bob Willis und Alan Birch, eine militante Haltung einnehmen. So bot Brighton ein wesentlich anderes Bild wie die vorhergehenden Kongresse. Während sich früher die Delegierten um Fragen wie die deutsche Wiederaufrüstung oder um die Haltung zur K.P.-Gewerkschaftsinternationale untereinander bitter befandeten, gab es in Brighton nur eine Kampffront, die der Gewerkschaften gegen die Regierungspolitik und die Unternehmer.

Kein ungezügelter Lohnkrieg

Die Resolution, mit der man die alte Formel der Zurückhaltung bei Lohnforderungen über Bord warf, bedeutet nun allerdings keinesfalls, dass die britischen Gewerkschaften an der Schwelle eines ungezügelten Lohnkrieges stehen. Gewiss, sie werden ihre Lohnforderungen aufstellen und verteidigen. Schon jetzt schweben Forderungen, die für etwa fünfzehn Millionen Lohnempfänger aufgestellt worden sind. Im Interesse der "Inflationbekämpfung" mag die Regierung nun die Unternehmerverbände ermutigen, diese Forderungen abzulehnen. Aber sie sollte nicht überschätzen, dass diese Lohnforderungen sich auf eine vom Kongress in Brighton gebilligte Lohnpolitik stützen. Sie hat es mit dem geeinten Willen der Arbeiterschaft zu tun, die es ablehnt, die alleinigen Opfer der von der Regierung selbst verursachten Inflation abzugeben.

Für die Inflation machte der Kongress durch den Präsidenten der TUC, Beard, die Regierungspolitik verantwortlich; er forderte die Abkehr von der sogenannten Freiwirtschaft und die Rückkehr zu einer - 5 -

geplanten Ökonomie, die allein höhere Investitionen, Exportförderung und erhöhte Produktivität mit einem gerechten Entgelt für die Schaffenden garantieren könne. Insofern bedeutet Brighton viel weniger eine Mobilisierung der Gewerkschaften für eine neue Runde von Lohnforderungen, als ein Bekenntnis zur Planwirtschaft. Die Gewerkschaftsbewegung hat dem Schatzkanzler rundweg erklärt, dass sie nur unter der Bedingung mit der Regierung zusammenarbeiten kann, dass diese ihre gegenwärtige Wirtschaftspolitik herumwirft.

* * *

Gewerkschaften und Ostkontakte

sp. Dass der Bundeskanzler überhaupt zum ersten Mal an einem der mit zweijährigem Abstand stattfindenden Kongresse des DGB teilnehmen wird, und dass dieses erste Mal ein knappes Jahr vor den Wahlen liegt, stellt seine Bereitschaft unter ein ziemlich eindeutiges Vorzeichen. Sein Entschluss, nach Hamburg zu fahren, entspringt offenbar der gleichen Absicht, wie der auffällige Empfang einer Abordnung führender Gewerkschafter während seinesurlaubes, sich dieser mächtigen Organisation angelegentlich zu empfehlen.

Dr. Adenauer weiss, dass die Gewerkschaften über besonders gut unterrichtete, kritische und aktive Beobachter der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik verfügen, die es willt sind, dafür zu sorgen, dass den Arbeitnehmern nicht die Butter vom Brot genommen wird. Sein Interesse, sich mit den Gewerkschaften gut zu stellen, ist deshalb vor allem in der gegenwärtigen politischen Situation voll begreiflich. Die Gewerkschaften werden dieses Interesse sicher aufmerksam und auch mit Genugtuung vermerken. Sie werden aber auch sehr sorgfältig auf die Unterscheidung achten, was an dieser Haltung des Kanzlers auf taktische Erwägungen und was zum anderen auf tatsächliches Verständnis für die Sorgen und Forderungen der Gewerkschaften zurückzuführen ist.

In dem Augenblick, in dem die Absicht Dr. Adenauers bekannt wurde, nach Hamburg zu gehen, lagen Berichte über die Tagungen der grössten Industriegewerkschaft im DGB, Metall, und einer relativ kleineren Industriegewerkschaft, Druck und Papier, aus Dortmund und Frankfurt am Main vor. In Dortmund forderte der Vorsitzende, Otto Brenner, erhöhte

Wachsamkeit gegenüber kommunistischen Einflüssen. Nach dem Verbot der KPD sei damit zu rechnen, dass sich die kommunistischen Anstrengungen in besonderer Masse den Gewerkschaften zuwenden würden. Die Reaktion in Dortmund auf diese Forderung war geschlossen positiv.

In Frankfurt am Main dagegen setzte sich eine äusserst knappe Mehrheit in einer Kampfabstimmung mit einer Entschliessung durch, die eine Kontaktaufnahme mit dem FDGB in der Sowjetzone empfahl. In dieser Entschliessung heisst es, der Gewerkschaftstag der IG-Druck und Papier erwarte vom DGB die Förderung von Kontakten zu Gewerkschaftskreisen in der DDR... Praktische Bedeutung wird dieser Entschluss freilich kaum bekommen, da ein selbständiges Vorgehen dieser Industriegewerkschaft, das in klarem Gegensatz zu den Beschlüssen der obersten verantwortlichen Organe des DGB steht, unwahrscheinlich ist.

Der letzte Bundeskongress hatte 1954 ausdrücklich solche Fühlungen mit massgebenden amtlichen Stellen der Sowjetzone und insbesondere auch mit dem FDGB, abgelehnt. In dieser grundsätzlichen Frage dürfte sich die Haltung der Überwiegenden Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten aus den 16 Industriegewerkschaften nicht verändert haben.

Wenn der Vorsitzende der IG-Metall, Otto Brenner, in Dortmund schliesslich die grundsätzliche Bereitschaft der Metallarbeiter zu kämpferischen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern unterstrich, falls sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte, so ist darin nichts anderes zu sehen als die Feststellung eines legitimen, selbstverständlichen Rechtes der Gewerkschaften. Dieses Recht sollte von niemandem bestritten werden, der politisch erst genommen werden will.

* * *

Aus zweierlei Sicht

sp. Die Sozialisten, die gegenwärtig die Regierung in Frankreich bilden, und nun schon, gemessen am Durchschnittsalter der französischen Regierungen, eine ganz stattliche Regierungszeit hinter sich gebracht

haben, mussten in dieser Zeit manchen Sturm überstehen - man denke nur an den ersten bösen Aufenthalt des Ministerpräsidenten Guy Mollet in Algier.

Auch jetzt befinden sie sich wieder in einer schwierigen Lage. Noch wartet das Problem Algier auf seine Lösung, und die Regierung sitzt nicht zuletzt auch deshalb relativ fest im Sattel, weil niemand anders sie um diese unumgängliche, aber höchst undankbare, ja gefährliche Aufgabe beneidet. Danach musste sich die Regierung Mollet-Fineau in der Suez-Frage dem Prestigebedürfnis der französischen Bevölkerung fügen, das schon durch die Ereignisse in Nordafrika während des letzten Jahres so sehr strapaziert worden ist. Vor allem unter diesem Druck musste die Regierung eine Haltung einnehmen, die ihr bei ihren sozialistischen Grundauffassungen gewiss nicht leicht gefallen sein mag, zumal in Grossbritannien die Labour-Party gegen die dortige konservative Regierung in der gleichen Suez-Frage das Beispiel einer auf Besonnenheit und vernünftige Lösungen drängenden Haltung gab.

Dieses Auseinanderfallen der Auffassungen zwischen den Regierungssozialisten in Frankreich und den oppositionellen Labour-Leuten in England hat dann Guy Mollet angeblich zu dem Versuch veranlasst, seine guten Beziehungen zu Labour und den britischen Gewerkschaften im Sinne der Vorstellungen seiner eigenen Regierung auszunutzen, d.h. bei ihnen um mehr Verständnis für den in Frankreich allgemein verlangten "harten" Kurs des vermeintlichen nationalen Interesses beider Länder und einer starken Haltung gegenüber dem Ägypten des Obersten Nasser zu werben.

Das ist keine sehr erfreuliche Entwicklung. Sie gleicht den vorteilhaften Eindruck, den die Einigungsbestrebungen der Sozialisten in Italien machen, leider zu einem erheblichen Teil wieder aus. Selbst bei einem friedlichen Ausgang des Suez-Konfliktes dürfte das Ansehen der alten europäischen Kolonialmächte durch die Vorgänge der letzten Wochen bei den asiatischen und afrikanischen Völkern ohnehin erheblich gelitten haben. Jede weitere Schwächung dieses Ansehens sollte deshalb sorgfältigst vermieden werden.

* * *